

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 11

Köln, den 17. März 1933

34. Jahrg.

Quo vadis?

Wohin des Weges? Bei allen Neu- und Umgestaltungen im politischen und wirtschaftlichen Leben ist unser Weg bestimmt und klar vorgezeichnet. Er soll führen und führt zu einer Plattform, auf der der handarbeitleistende Mensch Licht und Luft zum Leben und zur Entfaltung seiner Menschenwürde hat. Von jeher hat man versucht, dem Arbeiter diese Plattform zu versperren, ihm wenigstens die Erreichung derselben äußerst erschwert. Immer hat man den Wert der Arbeit geschätzt, den Träger der Arbeit aber als minderwertigen Menschen behandelt. Ein großer Teil der Arbeiter hat bisher geglaubt, in dem Klassenkampf sein Heil zu finden, indem er dem falschen Beispiel anderer Stände folgen müsse. Unsere christliche Gewerkschaftsbewegung hat von Anfang ihres Bestehens die Klassenkampftheorie grundsätzlich abgelehnt, weil diese Theorie nicht nur falsch, sondern auch mit dem Wesen des Christentums nicht zu vereinbaren ist. Es ist nach christlicher Anschauung falsch, wenn ein Stand den anderen zu beherrschen und zu unterjochen versucht. So sehr wir das betonen, so deutlich sagen wir aber auch, daß der Arbeiterstand Anspruch darauf hat, seine Standesinteressen zu wahren und sich nicht von anderen Ständen beherrschen und unterjochen zu lassen. Dieses Streben nach Wahrung der Standesinteressen hat mit Klassenkampf absolut nichts gemein. Im Gegenteil steht dieses Streben in direktem Widerspruch mit dem tatsächlichen Klassenkampf, von welcher Seite er auch ausgeübt worden ist und noch ausgeübt wird. Durch diese unsere Einstellung unterscheiden wir uns deutlich von dem sogenannten Marxismus, von sozialistisch-kommunistischer Ideenwelt. Den Kampf gegen Bedrückung und Not des Arbeiterstandes haben wir fast 40 Jahre gegen eine gewaltige Gegnerschaft führen müssen. Diesen Kampf haben wir allein geführt, viel verkannt, viel geschmäht und viel verfolgt. Unsere christliche Gewerkschaftstätigkeit war nicht ohne Erfolg. Manches ist gebessert, viel Schlimmes wurde verhindert und gar manche Anbahnungen sozialgerechter Maßnahmen wurden durch unsere Bewegung hervorgerufen. Wir haben zweifellos regulierend im Laufe der Jahrzehnte im sozialen und wirtschaftlichen Leben gewirkt. Das gilt nicht nur für die Vorkriegszeit, das gilt in ganz besonderem Maße für die Nachkriegszeit, wo gar manche Kreise die Sprache verloren hatten. Unentwegt, viel verleumdet und verkehrt, haben wir uns als Minderheitsorganisation bemüht, und zwar mit gutem Erfolg, in die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzugreifen. Wir haben verlangt und dafür gekämpft, daß die Handarbeitsleistung eine bessere und richtigere Bewertung erfuhre, und daß dem Träger der Arbeit die Wertschätzung zuteil wurde, die ihm als Mensch und Mitträger der Kultur gebührt.

Das Ziel ist bei weitem noch nicht erreicht. Hemmend ist uns die allgemeine Wirtschaftskrise in den Weg getreten. Hemmend war vor allem auch die wankende und daher unsichere politische Lage im Reich und in den Ländern. Diese bisherige unsichere politische Lage ist, das müssen wir leider zugeben, nicht ohne Schuld eines großen Teiles der deutschen Arbeiterschaft herbeigeführt worden. Durch die Klassenkampftheorie verblendet, haben Millionen deutscher Arbeiter ihre Instruktion aus Sowjet-Rußland sich geholt und alle staatsnotwendigen Maßnahmen zu sabotieren versucht. Sie haben unsere Parlamente in furchtbaren Mißkredit gebracht, sie haben jede Aufbauarbeit unseres daniederliegenden Volks- und Staatswesens verhindert. Diese Lage war, man kann politisch und staatsbürgerlich denken, wie man will, für jeden recht denkenden Deutschen nicht mehr zu ertragen. Sie mußten eines Tages zu Gegenmaßnahmen führen, die vielleicht unerwünscht sind.

Wir christlichen Gewerkschaftler haben in der Umsturzzeit 1918 nicht umzulernen brauchen, auch uns nicht umzustellen brauchen. Wir brauchen das auch heute nicht, weil wir ein gutes und reines Gewissen haben, weil wir in vaterländischer Beziehung stets unsere Pflicht getan haben.

Wenn wir gegenüber dem Vaterlande unsere Pflicht getan und stets treu tun werden, verlangen wir aber auch von den Regierungen unser staatsbürgerliches Recht und den staatsbürgerlichen Schutz. *Justitia fundamentum regnorum*, "Gerechtigkeit ist das Fundament des Reiches und der Staaten. Ohne Gerechtigkeit kann kein Reich auf die Dauer bestehen. Diese Gerechtigkeit verlangen wir auch für den Arbeiterstand. Sie besteht vor allem darin, den Arbeiterstand als gleichberechtigten Stand mit anderen Ständen anzuerkennen, d. h. dem Träger der Arbeit die Wertschätzung zuteil werden zu lassen, die ihm gebührt. Nur so kann eine echte und wahre Volksverbundenheit hergestellt und erhalten werden.

Wir wissen, wir haben es leider im Laufe der letzten Jahrzehnte recht deutlich und in unliebsamer Weise erfahren müssen, daß vielen Leuten, die für sich die weitgehendsten Privilegien beanspruchen, der Aufstieg des Arbeiterstandes im wirtschaftlichen und sozialen Leben ein Dorn im Auge ist. Das kann und darf uns jedoch nicht hindern, nach wie vor unser berechtigtes Verlangen geltend zu machen, unserem Stande Achtung und Anerkennung und die gebührende Wertschätzung zu verschaffen.

Unsere auf christlicher Weltanschauung fußende Solidarität, unser Gemein Sinn für Volk und Vaterland werden dafür Bürge sein, daß unser berechtigtes Gewerkschaftsstreben nicht unterbunden wird.

dk.

Gewerkschaftsersatz oder Parteiorganisation.

Je größer die Not ist, um so leichter ist es, mit radikalen Phrasen agitatorische Erfolge zu erzielen. Um Phrasen und Schlagworte ist daher der Radikalismus auch nie verlegen. Es lassen sich so leicht hinter diesen die wirklichen Ziele und Absichten verbergen, sie sind so recht geeignet, die Köpfe unkritischer Mitläufer zu vernebeln, und klappt die Sache einmal nicht, dann ist es nicht schwer, sich mit dem bekannten „Mißverständnis“ herauszureden.

Meisterhaft hat der Kommunismus es verstanden, das Schlagwort und die Phrase in den Dienst seiner Propaganda zu stellen. Flugblätter und Sprechchöre suggerieren den notleidenden Massen Wunschbilder, die unerfüllbar bleiben und bei näherer Untersuchung den Stempel der Unwahrheit an der Stirn tragen. Trotzdem hat die kommunistische Agitation in vielen Köpfen bereits heillose Verwirrung angerichtet. Besonders im sozialistischen Lager. Der Kommunismus behauptet von sich, allein und ausschließlich den wahren Geist des „Marxismus“ in Reinkultur zu besitzen. Darum erklärte er die Sozialdemokratie als den Hauptfeind der Arbeiterklasse und hat die ganze Wucht seiner Propaganda gegen die freien Gewerkschaften spielen lassen.

Mit der ursprünglichen Absicht, die Eroberung der freien Gewerkschaften durch die Bildung sogenannter Zellen auszuhöhlen und so zu einem Instrument für die kommunistische Partei zu machen, hatte man kein Glück. Dann wurde versucht, mit der Parole „Einheitsfront“, die immer noch spukt, Geschäfte zu machen. Und schließlich wurde die „Rote Gewerkschaftsopposition“ gebildet, deren

Hauptaufgabe immer darin bestand, die Freigewerkschaftler ins kommunistische Lager herüberzuziehen. Dazu ist der R.G.O. jedes Mittel recht. Gewerkschaftliche Ziele und Erfolge werden heruntergerissen, die Führer mit Schimpf und Schmutz bedacht und die übelste Hege gegen bewährte Einrichtungen und Menschen entfacht. Wirkliche gewerkschaftliche Aufbauarbeit zu leisten liegt der R.G.O.-Führung so ferne, wie nur etwas. Zerstückung der Gewerkschaften ist das Ziel, auf das man zusteuert, die Arbeiterschaft soll „sturmreif“ gemacht werden für die kommunistische Gedankenwelt. Das rote Arbeiterparadies nach russischem Muster soll auch in Deutschland errichtet werden. Der Zukunftsstaat nach russischem Vorbild hat zwar bisher den größten Teil der deutschen Arbeiterschaft noch nicht zu begeistern vermocht, aber diese ablehnende Haltung hat den Kommunismus zu noch größeren Kraftanstrengungen veranlaßt, die in dem jetzt tobenden Wahlkampf mit dem höchsten Trumpe aufzuspielen wartet.

Daß die R.G.O. lediglich Vorspanndienste für den Kommunismus zu leisten hat und als berufliche Interessensvertretung gar nicht gedacht ist, weiß keiner besser, als die Führung der kommunistischen Partei. Der Agitationsleiter der R.G.O., Reichstagsabgeordneter Maddalena ließ die Kage aus dem Sack und umschrieb Charakter und Aufgabe der R.G.O. in der Zeitschrift „Rote Gewerkschaftsinternationale“ folgendermaßen:

„Die R.G.O. ist kein Gewerkschaftsersatz und keine Gewerkschaft. Sie ist eine Massenorganisation, in der die fortgeschrittensten Arbeiter und Angestellten, ohne Rücksicht auf ihre Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit, ob organisiert oder unorganisiert, zur Schaffung einer revolutionären oppositionellen Gewerkschaftsbewegung auf dem Boden der breiten proletarischen Einheitsfront zusammengefaßt werden.“

Die fortgeschrittensten Arbeiter werden sich das sehr überlegen, ob sie sich in diese Einheitsfront einreihen lassen. Zuviel haben sie erfahren über die wirklichen Verhältnisse jenseits der östlichen Grenzpfähle, zu oft erlebt, mit welchem Dilettantismus die Söldlinge Moskaus auch in der Politik versuchten. Befähigen die Günstlinge des „roten Zaren“ Stalin den ehrlichen Willen, der Arbeiterschaft zu helfen, dann hätten sie in den Parlamenten und Betrieben tausendmal Gelegenheit dazu gehabt. Statt dessen erlebten wir wiederholt, wie die mit „Hammer und Sichel“ dekorierten Volksbeglückter in verdächtiger Nachbarschaft volksfeindlicher Kräfte ihr politisches Zeltlager bezogen oder in den Betrieben mit wirklichen Arbeiterinteressen Schindluder betrieben. Das sind Schädlinge am Gewerkschaftsgedanken, die um parteipolitische Ziele willen gegen die Interessen der Arbeiterschaft handeln.

Und jetzt will der Kommunismus sein agitatorisches Geschick bei der christlich denkenden Arbeiterschaft versuchen. Er dürfte dabei recht wenig Gegenliebe finden. Seine Bemühungen bleiben um so aussichtsloser, je eingehender Aufklärungen über diese Absichten verbreitet werden. Die Instruktionen, die der Kommunistenführer Thälmann für die Werbearbeit unter der christlichen Arbeiterschaft dem K.P.D.-Parteitag im Ruhrgebiet gegeben hat, sind sehr aufschlußreich. Thälmann fordert für die Verwirklichung der kommunistischen Ziele, daß „die wirtschaftlichen Kämpfe immer stärker zu politischen Kämpfen werden“. Als wichtigste Aufgabe betrachtet Thälmann „die Wut des Proletariats in organisierte Bahnen zu lenken“. Bei den Betriebsräte- und innergewerkschaftlichen Wahlen muß den christlichen Arbeitern besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dazu äußert sich Thälmann folgendermaßen:

„Wenn wir mit den christlichen Arbeitern diskutieren, müssen wir ihre Bedenken und Hemmungen in der Frage des Glaubens und der Religion zerbrechen. Wir müssen ihnen sagen: Wir wollen keine Kirchen anzünden (?), wie auch das die Muckermänner und Zentrumsführer erzählen! Wir wollen keine Monstranzen rauben, nicht die Kreuzfige verbrennen und die Heiligenbilder zertrümmern (?), wie es eure Führer vor-schwindeln. Wir wollen den gemeinsamen Kampf aller Notleidenden gegen den Kapitalismus und seine Helfer! Wir müssen den christlichen Arbeitern sagen: Wir reichen euch die Hand im Kampfe gegen den Kapitalismus und sagen euch: Christlicher Kamerad, schlag ein in unsere Hand zu diesem gemeinsamen Kampf.“

Das ist die neue Taktik Thälmanns gegenüber christlichen Arbeitern, die er von den Sozialdemokraten übernommen hat! Diese Taktik ergänzte der politische Leiter der K.P.D. im Ruhrgebiet, Pöhl, durch folgende Äußerung:

„Ihr werdet das Christuskreuz selbst ablegen, das bereits Millionen von russischen Arbeitern und Bauern getan haben.

Wir wollen den Hunger beseitigen, Arbeit schaffen und das Hakenkreuz zerbrechen. Das können wir nur im täglichen Ringen um den Klassenfeind unter den Fahnen des proletarischen Klassenkampfes. Deswegen gehört ihr in unsere Reihen, in die Reihen des kämpfenden Proletariats gegen Lohnraub und Faschismus! Wir glauben, daß das unser Kampf und unsere Sprache sein muß, wenn wir an die christlichen Arbeiter herankommen wollen. Wir machen keine Konzessionen an die rückständigen (!) Stimmungen dieser Arbeiter, niemals aber wird eine bolschewistische Partei, die keinen Wert legt auf richtige Sprache und Ton gegenüber diesen Schichten, Erfolge erringen können. Die Art, wie wir den christlichen Arbeitern unsere Aufgabe umreißen, ist entscheidend für ihre Gewinnung, für unsere Aufgaben, für den Kampf gegen die Bourgeoisie.“

Es ist gut, wenn man weiß, was die Jünger der bolschewistischen Heilslehre planen und durchführen wollen. Gesundes Empfinden und kritisches Mißtrauen haben durchschlagende Erfolge der kommunistischen Agitation bisher verhindert. Wir vertrauen auch weiterhin dem gesunden Sinn der christlich organisierten Arbeiterschaft, die Erfahrung genug im Kampf um ihre Eigenständigkeit und Interessensvertretung hat sammeln können. Festhalten am bewährten Alten, Stärkung der eignen Bewegung ist die beste Antwort auf kommunistische Zerstückungsversuche. Wir sind auf der Hut und klopfen jedem energisch auf die Finger, der die in zahlreichen Kämpfen bewährten Selbsthilfeeinrichtungen der Arbeiterschaft zerstören will. Nicht Zerstückung, sondern Aufbau ist unsere Parole!

Export, Zollschutz, Kaufkraft.

Eine wirtschaftspolitische Willenskundgebung der gesamten industriellen und gewerblichen Wirtschaft des Reiches war die Hauptversammlung des Bayerischen Industriellenverbandes durch die dort behandelten Themen und die Teilnahme der führenden Persönlichkeiten der deutschen Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände. Schon die einleitenden Ausführungen des Vorsitzenden ließen erkennen, daß die deutschen Industriellen mit der jetzt verfolgten politischen Linie nicht einverstanden sind. Nicht Politik, sondern nur Arbeit könne der deutschen Not steuern. In dem Verhältnis der deutschen Industrie zu anderen Berufsständen ständen leider die Zeichen auf Sturm. Es sei an der Zeit, die Bedeutung der Industrie und Ausfuhrwirtschaft vor allem für Deutschland aufzuzeichnen und vor Zerstörung größter Werte zu warnen. In einer an den Reichswirtschaftsminister gerichteten Denkschrift wird mit Nachdruck ein gerechter Interessenausgleich zwischen gewerblicher Wirtschaft und Landwirtschaft gefordert.

Zu dem Hauptthema Ausfuhr tut not machte der Redner, Direktor Lange vom Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, Ausführungen, die auch uns als Arbeiter außerordentlich interessieren.

Er ging davon aus, daß rund ein Fünftel des deutschen Volkes, fast zehn Millionen, unmittelbar und mittelbar von der Ausfuhr lebten. Die deutsche Ausfuhr habe sich nach dem Rückgang des Welthandels während der letzten Jahre von allen Ländern am besten gehalten, eine Leistung, auf die Deutschland stolz sein könne. Nun aber zeige weiterhin die Abfahrteilerung von Industrie und Landwirtschaft, daß die deutsche Industriebevölkerung der wichtigste Abnehmer für die Landwirtschaft sei und 40 v. H. ihrer Erzeugnisse aufnehme. Die Kaufkraft der Industriebevölkerung aber hänge in entscheidender Weise von der Ausfuhr ab. Im Jahre 1930/31 seien 35½ v. H. der Nettoerzeugung der deutschen Industrie im Ausland abgesetzt worden. Alle handelspolitischen Maßnahmen, die zu vermeintlichem Schutz der Landwirtschaft ergriffen würden, dabei aber unsere Ausfuhr gefährdeten, müßten daher zum Schaden der Landwirtschaft selbst ausschlagen, da sie den wichtigsten Teil ihres Binnenmarktes zerstörten.

Deshalb könne der Landwirtschaft nicht durch von ihr geforderte Drosselung der Einfuhr geholfen werden, sondern nur durch Senkung der Erzeugungskosten, Rationalisierung des Marktes und des Verteilungsapparats und vor allem Steigerung der Kaufkraft der Abnehmer, insonderheit der industriellen Bevölkerung.

Wenn es der Landwirtschaft heute schlecht gehe, so könne das nicht daran liegen, daß sie etwa auf dem Binnenmarkt zu wenig absetzen könne, sondern nur daran, daß sie zu schlechte Preise erziele.

Eine Stärkung der Kaufkraft der Industriebevölkerung, die allein diesen Uebelstand beseitigen würde, könne nur erreicht werden, wenn die Industrie, soweit sie ihre Erzeugung hat einschränken müssen, wieder zu produktiver Tätigkeit gelangt. Unsere gesamte Wirtschaft ist aber darauf eingestellt, daß ein wesentlicher Teil ihrer Erzeugung nur im Ausland abgesetzt werden kann. Wenn man daher diesen Teil unserer Erzeugung nicht brachliegen lassen will, was unsere Arbeitslosigkeit endlos verlängern würde, so muß man ihr durch Offenhaltung der Auslandmärkte die Möglichkeit des Arbeitens lassen.

Eine Preisgabe der Ausfuhr heiße Millionen deutscher Brüder im Ausland fremdem Volkstum durch Abreißen der Verbindungen mit dem Heimatland überantworten, bedeute also eine schwere Schwächung des deutschen nationalen Willens.

Deutschland bedarf einer blühenden Landwirtschaft und einer blühenden Industrie. Seine Wirtschaftspolitik wird daher weder ganz einseitig nur Ausfuhrinteressen pflegen noch einseitig auf Binnenwirtschaft abgestellt sein. Vielmehr müssen beide Betätigungsziele der deutschen Wirtschaft mit allem Nachdruck gefördert werden.

Wir sind nicht nur erfreut, sondern auch überrascht, von industrieller Seite jetzt eine Bestätigung unserer Meinung bezüglich der deutschen Agrarpolitik zu erhalten. Vor allem aber sind wir nicht wenig erstaunt über die Bedeutung, die hier dem Kaufkraftproblem zugemessen wird. Es ist nur gut, daß diese Überlegungen nicht von gewerkschaftlicher Seite kommen, und wir sind außerordentlich neugierig, was jetzt die Presseorgane vom Schlage der Bergwerkszeitung dazu zu sagen haben. Nach der jahrelangen wüsten Heße gegen die Kaufkrafttheorie durch diese Blätter ist der Zusammenbruch der Massenkaukraft erst möglich geworden und hat, wie wir wiederholt festzustellen in der Lage waren, wirtschaftszerstörende Wirkungen von größtem Ausmaße gezeitigt. Wenn die Einsicht im Unternehmerlager wächst, daß mit den Lohnkürzungen der letzten Jahre zugleich der Ast abgesägt wurde, auf dem eine geordnete Wirtschaftsführung allein gedeihen kann, dann wünschen wir dieser Einsicht nicht nur die weiteste Verbreitung, sondern auch die entsprechende praktische Schlussfolgerung. Rohstoffe und Arbeitskräfte sind für die Gütererzeugung genügend vorhanden, die Produktionskapazität übersteigt selbst die höchste Beanspruchung, und nur die Absatz- und Verteilungsfrage blieb bisher ungelöst. Bedarf ist in solchem Umfange vorhanden, daß allein die Befriedigung desselben im eigenen Lande zu einer neuen Konjunktur ausreicht. Voraussetzung ist die Lösung des Kaufkraftproblems, die nur gelingt, wenn man sich im Unternehmerlager frei macht von unfruchtbarer Kritik und Abneigung gegen die gewerkschaftliche Lohnpolitik, sondern sich mit den Gewerkschaften zur Regelung der für Wirtschaft und Staat gleich lebenswichtigen Fragen wieder an einem Tisch zusammensindet.

Kundschau.

„Wüstenroth“. Der kürzlich vom Senat des Reichsaufsichtsamtes beschlossene Antrag auf Konkurseröffnung gegen die Bausparkasse „Deutsche Heimat Erde“ in Wüstenroth (früher „Deutsche Erde“) hat hier und da zu unliebsamen Verwechslungen geführt. Zum Teil sind auch böswillige Gerüchte über einen Konkurs der Gemeinschaft der Freunde verbreitet worden, weil diese als die „Wüstenrother Bausparkasse“ bekannt ist. Es sei jedoch festgestellt, daß die Gemeinschaft der Freunde Wüstenroth, Sitz Ludwigsburg, weder mit jener Bausparkasse „Deutsche Heimat Erde“ in Wüstenroth identisch ist, noch mit ihr in irgendeiner Verbindung steht. Die Gemeinschaft der Freunde ist auf solider Grundlage aufgebaut und hat erst kürzlich wieder mehrere Millionen Reichsmark für den Bau von Eigenheimen zur Verfügung gestellt. Sie ist auch bereits nach dem Gesetz als Bausparkasse zum Betrieb berechtigt, braucht also nicht erst eine Zulassung durch das Reichsaufsichtsamt.

Ausschluß der Konsumgenossenschaften aus den Unterstützungsmaßnahmen der Reichsregierung. Nach Zeitungsmeldungen hat das Reichskabinett in seiner Sitzung am 21. Februar d. J. den Antrag des Deutschen Genossenschaftsverbandes auf weitere Stiltzung der gewerblichen Genossenschaften in Höhe von 30 Millionen Reichsmark angenommen. Damit stellt sich die Höhe der Reichszuschüsse für die Genossenschaften des Mittelstandes auf 65 Mil-

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 12. bis 18. März ist der 11. Wochenbeitrag fällig.

lionen Reichsmark. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben bei den verschiedensten Anlässen Reichs- und Landeszuschüsse in Höhe von rund 400 Millionen Reichsmark erhalten.

Bemerkenswert ist aber, daß ein Antrag der Konsumgenossenschaften, also der Genossenschaften der Arbeitnehmer, die bisher stets unberücksichtigt blieben, abgelehnt wurde. Die breiten Schichten des Arbeitervolkes verstehen eine solche ungerechte Zurücksetzung ihrer Genossenschaften nicht. Die Arbeitnehmer neiden der Landwirtschaft und dem Mittelstand nicht die Fürsorge der Reichsregierung für ihre Genossenschaften, sie erheben aber Einspruch dagegen, daß ihre eigenen Genossenschaften, die sie mit ihren kargen Ersparnissen aufgebaut haben, nicht vor den Folgen der Staats- und Wirtschaftskrise ebenso geschützt werden wie die Genossenschaften der andern Stände. Sie verstehen diese ungerechte Behandlung um so weniger, als doch jetzt die Nationalsozialisten, die sich Arbeiterpartei nennen, in der Regierung sitzen, die in ihrem Programm die Bedarfsdeckungswirtschaft fordern. Die Genossenschaften im allgemeinen und die Konsumgenossenschaften im besonderen sind aber die Träger der sozialen Bedarfsdeckungswirtschaft. Hoffentlich wird dieser Beschluß nochmals einer Revision unterzogen.

Ist ausländisches Holz entbehrlich? Die Frage, ob und wie weit ausländisches Holz entbehrlich ist, verdient vor allem deswegen große Beachtung, weil in den Durchführungsbestimmungen zum Arbeitsbeschaffungsprogramm die Verwendung deutscher Rohstoffe, wo irgend möglich, vorgeschrieben ist. Die vergleichenden Untersuchungen, die mit amerikanischem und hochnorbischem Holz und unseren einheimischen Hölzern durchgeführt wurden, zeigten an Hand von exakten Zahlenergebnissen des Sachausschusses für Holzfragen beim DdJ, daß für Bauzwecke ausgesuchtes deutsches Holz der Auslandsware gleichwertig ist.

Versuche mit inländischen Schäffurnieren sind mit Birken, Fichten, Erlen, Rüstern und Pappeln vorgenommen worden, wobei teilweise recht befriedigende Ergebnisse erzielt wurden. Eine besondere Bedeutung kommt den Untersuchungen über die Feuericherheit von Holz zu. Nach den ersten Versuchen über hölzerne Bauwerke sollen jetzt auch Versuche über die Feuericherheit von hölzernen Büromöbeln folgen. Hierfür sind vorgesehene Untersuchungen über die Geschwindigkeit des Wärmeüberganges bei verschiedenen Holzarten und verschiedenen Wandkonstruktionen von Möbeln, über das Verhalten von Papier bei verschiedenen Temperaturen im Innern der Möbel und über Entzündbarkeit von Möbeln.

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

Erfolgreicher Einspruch.

Das Wohlfahrtsamt der Stadt D.-H. berechnete seit geraumer Zeit den als Sozialrente gezahlten Unterstützungssatz ganz auf die Miete, indem es vom allgemeinen Fürsorgegesetz ausging.

Ein Beispiel mag das Verfahren erläutern:

Ein Ehepaar erhält in der allgemeinen Fürsorge pro Monat: 34 + 17 = 51,— RM Unterstützung. Ist der Ehemann Sozialrentner, so erhält er zu diesem Beitrag noch 6,— RM Zuschlag, insgesamt mit Frau also 57,— RM.

Nach den Richtlinien dieses Wohlfahrtsamtes wird bei Berechnung der Miethilfe ein Viertel der Unterstützung als Betrag für Miete berechnet, in der allgemeinen Fürsorge also der vierte Teil von dem Betrage von 51,— RM = 12,75 RM. Theoretisch müßte beim Sozialrentner ein Viertel des Betrages von 57,— RM, also gleich 14,25 RM, als Mietanteil berechnet werden.

Das Wohlfahrtsamt ging aber in der Praxis einen andern Weg. Wenn ein Sozialrentner beispielsweise 18,75 RM an Miete zu

zahlen hatte, wurde ihm folgende Rechnung bei der Mietbeihilfe aufgemacht:

Ein Viertel von 51,— RM = 12,75 RM + 6,— RM Sozialrente = 18,75 RM. Eine Mietbeihilfe wurde nicht gezahlt.

Wir standen auf dem Standpunkt, daß dem Mann der Unterschied von 14,25 RM und 18,75 RM = 4,50 RM als Mietbeihilfe auszu zahlen sei. Es wurde Beschwerde beim Bezirksauschuß erhoben. Derselbe entschied — Aktenzeichen II C. A. 851/32/5, wie folgt:

„Der Bezirksauschuß D. erklärt den Bezirksfürsorgeverband Stadt D.-h. für verpflichtet, von dem Betrage von 6,— RM, der nach den Richtlinien des Bezirksfürsorgeverbandes den Sozialrentnern außer der nach den für die allgemeine Fürsorge geltenden Richtlinien berechneten Unterstützung zu gewähren ist, bei der Berechnung der den Unterstützungsempfängern zu gewährenden Mietbeihilfe nur ein Viertel anzurechnen. Die Entscheidung ist wie folgt begründet:

„Der Bezirksfürsorgeverband gewährt den Sozialrentnern die Unterstützung, auf die sie nach seinen Richtlinien Anspruch haben. Der vierte Teil dieser Unterstützung gilt als Mietbeihilfe. Muß der Sozialrentner aber mehr an Miete zahlen als den vierten Teil der Sozialrente, so erstattet der Bezirksfürsorgeverband ihm nicht den Unterschied zwischen der tatsächlichen Miete und dem Viertel der Sozialrente, sondern nur den Betrag, der sich ergibt, wenn dem Viertel der Sozialrente die 6,— RM, die der Sozialrentner mehr erhält als ein anderer Unterstützungsempfänger, zugezählt werden und die sich ergebende Summe von der tatsächlichen Miete abgezogen wird.

Dies Verfahren hält der Bezirksauschuß für unzulässig, da es eine mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht in Einklang stehende Verkürzung der Bezüge der Sozialrentner darstellt.

Der Sozialrentner hat zunächst Anspruch auf die Fürsorge, die jedem Hilfsbedürftigen nach den Richtlinien des Bezirksfürsorgeverbandes zu gewähren ist. Muß ein Empfänger von Wohlfahrtsunterstützungen an Miete mehr zahlen als ein Viertel dessen, worauf er nach den Richtlinien Anspruch hat, so ist ihm der Unterschied so lange zu erstatten, wie ihm keine billigere Wohnung zur Verfügung gestellt werden kann. Der Sozialrentner erhält in D.-h. 6,— RM mehr als der gewöhnlich Hilfsbedürftige. Davon ist ein Viertel auf die Miete anzurechnen.“

Berichte aus den Zahlstellen.

Lohne i. G. Am Dienstag, den 17. Januar, hielt unsere Zahlstelle ihre Jahresgeneralversammlung ab. Nach Erledigung der üblichen organisatorischen Angelegenheiten sprach Gauleiter Ph. Jahn-Bremen über das Thema: „Rückblick und Ausblick auf das verfloßene und nun begonnene Jahr und die sich hieraus ergebende Schlussfolgerung für die christliche Holzarbeiterchaft.“ Durch die Versammlung ging ein Zug neuen und frischen Willens, zu wirken für eine Stärkung der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Einmütig war bei allen die Erkenntnis vorhanden, daß es im Jahre 1933 von besonderer Wichtigkeit ist, daß die Arbeiterschaft geschlossen in einer gesunden christlichen Gewerkschaftsbewegung zusammensteht. In der gegenwärtigen Zeit der großen Wirtschaftskrise, welche dem Arbeitnehmerstand in seinen Rechten außergewöhnlich schwere Rückschläge brachte, heißt es von den stärksten Abwehrmitteln der Gewerkschaftsbewegung ganz besonders Gebrauch zu machen. Nicht mutlos werden und verzagen unter der schweren Bürde der Not, sondern mit erhobenem Haupte, als freie Bürger, mit den uns gegebenen Waffen des organisatorischen Zusammenschlusses heißt es zu ringen. Unverzagt, mit doppeltem Eifer müssen wir in diesem Jahre für unsere Zukunft und die des gesamten Standes arbeiten. Mit diesem Geiste will die christliche Holzarbeiterchaft von Lohne ihre neue Arbeit beginnen. Fr. D.

Lauringen. Gelegentlich unserer diesjährigen Generalversammlung konnten wir außer den zahlreich erschienenen Mitgliedern auch unsern Bezirksleiter, Kollegen Kronthaler-Augsburg, begrüßen. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung erstattete unser Vorsitzender, Kollege Schüller, den Jahresbericht über das verfloßene Jahr. Daraus war zu ersehen, daß unsere Zahlstelle unter Führung des Kollegen Kronthaler gut vorwärts gekommen ist. Wir haben in dieser schlechten Wirtschaftslage unsere Mitglieder nicht nur gehalten, sondern haben sogar einige dazu gewonnen. Der Kassenbericht unseres Kassierers, Kollegen Hopp, gab den Anwesenden Einblick in das Geschäftsgebaren und zeigte, daß die Vollbeiträge ganz bedeutend gestiegen sind gegenüber der Zahl im Vorjahre. Die

Neuwahl zeigte, daß die Kollegen die Wertschätzung und das Vertrauen der bisherigen Dorstandschaft auch im kommenden Jahre bewahren wollen. Einmütig war der Verlauf der Wiederwahl unserer bewährten Kollegen. Bezirksleiter Kronthaler hielt sodann einen Rückblick auf das vergangene Jahr. Bemerkenswerte Vorgänge im Wirtschaftsleben erfuhren eine entsprechende Beachtung. Er wies u. a. darauf hin, daß bezüglich der Sozialversicherungen wir Versicherung mit Rechtsanspruch fordern. Nie werden wir zugeben, daß Erwerbslosenbeiträge, vom Arbeitenden bezahlt, für andere Zwecke verwandt werden als nur zur Arbeitslosenunterstützung. Was uns das neue Jahr bringen wird, ist ungewiß; wenn nicht alle Zeichen trügen, wollen wir hoffen und wünschen, daß uns das Jahr 1933 wieder bessere Zeiten und Lebensverhältnisse schafft. Daß uns dies noch manchen Kampf kostet, dessen sind wir uns bewußt. Der Redner schloß mit der Parole: Mit neuem Mut ins neue Jahr! B. H.

Dillingen. Unter fast vollzähliger Beteiligung der Kollegen hat unsere Zahlstelle am 8. Januar ihre Generalversammlung abgehalten. Bezirksleiter Kollege Kronthaler nahm an derselben teil. Nach erfolgter Protokollverlesung und Kassenprüfung nahm letzterer das Wort und gab seiner Freude Ausdruck über die vorbildliche Zusammenarbeit und den guten Geist, der in der Zahlstelle herrscht. Nachdem die Dorstandschaft durch Zuruf einstimmig neu gewählt war, sprach Kollege Kronthaler über „Rück- und Ausblick“.

Er nannte das vergangene Jahr ein Kampfsjahr erster Ordnung. Wahlkämpfe, Kampf um die Staatsform, Kampf um die Wirtschaftsform, Kampf gegen die Arbeiterschaft, besonders gegen die Gewerkschaften, waren die Brennpunkte. Daß die sozialen Einrichtungen, das Tarifwesen und die Gewerkschaften selbst nicht zerschlagen, sondern erhalten werden konnten, das ist das Verdienst und der große Erfolg der organisierten, besonders der christlichen Arbeiterschaft im Kampfsjahr 1932.

Wir hoffen, daß wir im neuen Jahre einer Besserung der wirtschaftlichen Lage entgegengehen. Wir treten in dasselbe ein mit neuem Mut, neuer Hoffnung und mit dem Gelöbnis treuester Pflichterfüllung. Was im Jahre 1932 durch zähen Kampf erhalten wurde, soll durch eifrige Mitarbeit im Verbandsverbande trotz aller Gegnerschaft weiter gefördert werden. In der Zahlstelle und im Bezirk herrscht ein guter Geist überall. Die Mutlosigkeit kann als überwunden betrachtet werden. Verbandsarbeit wird wieder geleistet und gefördert durch gewissenhafte, geordnete Beitragszahlung. Schließlich ging der Redner noch auf die Arbeitslosenversicherung ein. Mit größter Aufmerksamkeit folgten die Kollegen den Ausführungen, und großer Beifall lohnte dieselben. Nach Worten des Dankes wurde die Versammlung geschlossen.

Hamburg. Die Generalversammlung gab uns einen interessanten Rückblick auf das Verbandsleben unserer Zahlstelle im Krisenjahr 1932. Der 1. Vorsitzende, Kollege Groß, gab im Geschäftsbericht einen Überblick der in regelmäßigen Monatsversammlungen geleisteten Bildungsarbeit, über die fachliche Weiterbildung der jungen Kollegen sowie über gemeinsame Wanderungen und Familienabende. In der Mitgliederbewegung mußte ein leichter Rückgang festgestellt werden. Die Kasse wurde durch systematische Sparlichkeit in bester Ordnung gehalten. Die Dorstandswahl, vom Bezirksleiter Kollegen Jahn, Bremen, durchgeführt, ergab keine wesentlichen Veränderungen des alten Dorstandes.

Kollege Jahn sprach dann in einem längeren Referat rückblickend auf das Jahr 1932 von dem Druck der Notverordnungen auf den Arbeiter und über politische und wirtschaftliche Experimente. Er stellte heraus die Initiative besonders der christlichen Gewerkschaften für Milderung der schlimmsten Härten. Vorausschauend machte er aufmerksam auf Sturmzeichen verschiedenster Art, die den Gewerkschaften und der Demokratie drohen, und richtete den dringenden Appell an uns, alles daran zu setzen, um den Kampf siegreich für den christlichen Gewerkschaftsgedanken durchzuführen.

Intarsien aller Art

Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken.
E. Biller, Heidelberg, Theaterstraße 711

Anzeigenpreis für die vierersp. Mittelmeerzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen sollen die Hälfte. Redaktion und Versand bezahlen sich selbst, Venloer Wall 9. Telefonruf West 5 15 46. — Redaktionsschluß ist Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von RM. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur Postcheckkonto 7118 Köln.